

Klassenformierung und Klassenpolitik

Attraktivität wie Brisanz des Klassenbegriffs speisen sich aus der spezifischen Vermittlung von Gesellschaftsstruktur und individuellen Handlungen, die er in Aussicht stellt. Dass einer bestimmten ökonomischen Position oder sozialen Lage ein bestimmtes politisches Bewusstsein (oder zumindest dessen erhöhte Wahrscheinlichkeit) korrespondiert, einer Struktur- also eine Handlungskategorie entspricht, beflügelte Erwartungen praktischer Gesellschaftskritik, ebenso wie es andererseits diverse „Krisen des Marxismus“ verursacht hat.

Grundsätzlich steht zur Debatte, ob und wie die Klasse (der abhängig Beschäftigten/der Prekären/der Unternehmer...) politischer Akteur sein kann bzw. welchen Bezug organisierte politische Akteure auf die Klassenlage jener nehmen, die sie repräsentieren. Im Besonderen interessieren uns die Potenziale, die kapitalismuskritischen sozialen Bewegungen aus einem Selbstverständnis als Klassenbewegung und aus der Analyse ihrer Klassenbasis erwachsen. Die Pluralität des antikapitalistischen Projekts sei vorausgesetzt: nur indem es in den verschiedensten Auseinandersetzungen, als Bündnis verschiedener sozialer Kräfte und mit einem breiten Repertoire an Mitteln Attraktivität und Gestaltungsmacht gewinnt, hat es Aussicht auf Erfolg.

Besonders relevant ist in diesem Zusammenhang das Verhältnis zwischen Klassenkämpfen und sozialen Bewegungen, die Ausdruck anderer gesellschaftlicher Antagonismen sind, denn gerade die (neuen und neuesten) sozialen Bewegungen haben die Klassenkampf-Orthodoxie produktiv irritiert. Einer aktualisierenden Klärung bedarf ebenso die Beziehung von Gewerkschafts- und Klassentheorie, scheint doch der Arbeitskampf (so er denn stattfindet) die Klassenverhältnisse eher zu reproduzieren als in Frage zu stellen. Soziale Bewegungen und Gewerkschaften treffen schließlich in Parteien auf eine Formation, die Veränderungen auf parlamentarischem Weg anstrebt und umfassendere Forderungen als die Gewerkschaften vertreten kann, weil sie keine Belegschaften organisiert – wie aktuell die Frage der Partei als Klassenorganisation ist, beweist etwa die Diskussion des Programmentwurfs der Linkspartei. Alle genannten politischen Akteure beeinflussen in der einen oder anderen Art staatliche Praxen, die deshalb auf ihren Charakter als Ergebnis und Ursache von Klassenauseinandersetzungen zu befragen sind.

Klassenkämpfe und soziale Bewegungen

„In der Postindustriellen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse kein privilegierter historischer Akteur mehr.“ (Alain Touraine)

Schon in den 1960er Jahren hatte die „Politik der Minderheiten“ und die Marxismuskritik der *Nouvelle Philosophie*, zumindest innerhalb der französischen Linken, zu einer Krise der „großen Erzählungen“ (J.F. Lyotard) beigetragen. Statt die marxische Geschichtsphilosophie zu beerben und den politischen Primat der Arbeiterbewegung zu unterstreichen, galt es auf

eine Vielfalt minoritärer Positionen und „kleiner Erzählungen“ hinzuweisen. Ganz ähnlich argumentieren auch gegenwärtig die so genannten „Postmarxisten“, die ihre Absage an die Zentralität ökonomischer Widersprüche u.a. mit den Forderungen und Identitäten von Akteuren der neuen sozialen Bewegungen begründen.

Diese theoretischen Neujustierungen können auch als mögliche Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen verstanden werden, die sich seit dem Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre vollziehen. Der relative Rückgang industrieller Arbeitsplätze zugunsten wissensbasierter immaterieller Dienstleistungsarbeiten mit veränderten Anforderungsprofilen und neuen biographischen Werdegängen (Stichwort: „Ende der Normalarbeitsbiographie“), die Folgen globalisierter Arbeitsteilung, der Zuwachs an weiblicher Teilzeitarbeit, die Bedeutungszunahme des Finanzmarktes und veränderter Formen der Arbeitsorganisation (Stichwort: Subjektivierung von Arbeit) gelten in den 1980er Jahren im Rahmen der Debatte um die „postindustrielle- (Dienstleistungs-)Gesellschaft“ als Hinweise auf neuartige Herrschaftsverhältnisse und soziale Konflikte, die nicht primär um den Widerspruch von Arbeit und Kapital zentriert zu sein schienen. Soziologen rufen das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ aus, und die neuen sozialen Bewegungen weisen spätestens seit den 1970er Jahren auf gesellschaftliche Spaltungslinien, wie ökologische Krisen, rassistische, homophobe oder sexistische Diskriminierung hin, die nicht unmittelbar auf kapitalistische Produktions- und Verwertungsbedingungen rückführbar sind. In Gesellschaftsbeschreibungen wie denen der „Bewegungsgesellschaft“ (D. Rucht), des „Finanzmarktkapitalismus“, der „Informationsgesellschaft“ (D. Bell) und der „Risikogesellschaft“ (U. Beck) spiegeln sich die fraglichen Veränderungen ebenso wie in Versuchen, neue Klassen oder klassenähnliche Formationen begrifflich zu fassen, beispielsweise als „Prekariat“, „Unterschicht“, „neue Dienstbotenklasse“ (A. Gorz) oder auch „Creative Class“ und „Digitale Bohème“. Der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit erscheint, besonders in seiner institutionalisierten Form, nur noch als ein Interessengegensatz unter vielen, nicht zuletzt, weil die Fragmentierung unter den Lohnabhängigen soweit fortgeschritten ist, dass sie kaum mehr vereinigt den Unternehmern gegenüber treten können. Die Frage ist nun, ob die verschiedenen Antagonismen – der alte ‚ökonomische‘ und die neuen vielfältigen ‚sozialen‘ – nebeneinander stehen oder ob vielmehr die Auffassung eines hegemonialen Antagonismus verteidigt werden muss. Der Marxismus betont vor allem das gesellschaftsanalytische Erklärungspotential des „Hauptwiderspruchs“ und dessen potenziell revolutionäre Bedeutung. Wer aber ist die Arbeiterklasse oder der Teil der Arbeiterklasse, der für die Ausbildung einer revolutionären Subjektivität priorisiert wird? Und inwieweit hilft die Referenz auf den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit um Phänomene wie Sexismus oder Rassismus zu erklären, die mit kapitalistischen Verhältnissen eher wahlverwandt oder geschichtlich und funktional verknüpft zu sein scheinen, anstatt dass sie aus ihnen abgeleitet werden könnten?

Wie auch immer das Kriterium zur Eingrenzung der revolutionären Klasse bzw. Klassenfraktion aussieht, immer verknüpft es ökonomische Stellung und politische Interessen auf eindeutige Art. Demgegenüber haben Chantal Mouffe und Ernesto Laclau am Anfang der (post-)marxistischen Debatte in den frühen 1980er Jahren die Unhintergebarkeit der

diskursiven Vermittlung solcher Interessen betont. Es gebe demnach keine Ökonomie vor der Politik, das topologische Modell von Basis und Überbau sei irreführend. Diesen anti-essentialistischen Annahmen zufolge vervielfältigen sich die Antagonismen und verdrängen damit die einst zentrale Kategorie der Klasse: „Die kapitalistische Entwicklung kreiert viele andere Orte des Konflikts: ökologische Krisen, Ungleichgewichte zwischen den verschiedenen ökonomischen Sektoren, imperialistische Ausbeutung etc. Folglich gibt es aber viele Subjekte des ‚anti-kapitalistischen Kampfes‘, sie können nicht auf so einfache Kategorien wie die der ‚Klasse‘ reduziert werden. Es wird eine Pluralität der Kämpfe geben.“ (Laclau)

Umstritten bleibt, ob die diskursive Artikulation von Antagonismen nicht doch an Grenzen gerät und der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital nicht schon deshalb zentral ist, weil er elementare und existenzielle Voraussetzungen des Lebens berührt und im Gegensatz zu anderen Bewegungen quasi zur politischen Artikulation zwingt. Darüber hinaus kann auch in der „postindustriellen Gesellschaft“ nicht von einem Verschwinden von Arbeit (auch industrieller) oder einem grundlegenden ökonomischen Bedeutungsverlust derselben die Rede sein. „Der Gewinn stammt aus denselben sozialen Quellen, muß letzten Endes durch dieselben Methoden gesteigert werden wie seither.“ (Horkheimer) Auch wenn es keine ontologisch begründbare Dominanz eines bestimmten Antagonismus gibt, bleiben die historisch wirkmächtigen Bewegungen recht überschaubar; mit Regelmäßigkeit artikulierte sich hingegen eine Arbeiterbewegung – gibt es also eine Art historisches Apriori des Klassenantagonismus? Wahrscheinlich ist es sinnvoll von „klassengebundenen politischen Kräften“ zu sprechen, um zum einen die Relativität der Verknüpfung von Klassenlage und -bewusstsein zu betonen, andererseits aber keine Beliebigkeit einreißen zu lassen.

Weitere Fragen zur Diskussion:

- Wie kann eine Analyse der Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung aussehen, welche die Erklärungskraft ökonomischer Antagonismen nicht preisgibt und dennoch der Irreduzibilität anders gelagerter Gegensätze Rechnung trägt?
- Wie können antagonistische Bewegungen zusammenfinden, ohne in alte Haupt- und Nebenwiderspruchsdebatten zurückzufallen?

Gewerkschaften und Konstituierung der Arbeiterklasse

Momentan ist einerseits eine Renaissance klassentheoretischer Überlegungen zu beobachten, andererseits werden vielfältige Versuche unternommen, die Krise der Gewerkschaften in Richtung eines „social movement unionism“ zu überwinden. Wie kann eine Verknüpfung beider Diskussionen aussehen?

Wenn sie Gewerkschaften nicht gleich als marktfremde „Arbeitnehmerkartelle“ verunglimpfen, sehen wirtschaftsliberale Ansätze in ihnen allenfalls eine „countervailing power“, die gegenüber den Kapitalmonopolen eine Art ausgleichende Gerechtigkeit herstellt und sozialen Frieden garantiert. In kritischen Entwürfen, die kapitalistische Gesellschaften als

grundsätzlich antagonistische Gesellschaften verstehen, sind Arbeiterkoalitionen hingegen eine Überlebensnotwendigkeit: abhängig Beschäftigte müssen die Konkurrenz, in die sie durch die Formierung der Arbeitskraft als Ware geworfen sind, aufheben, um sich vor Überausbeutung zu schützen. Nur indem sie die Spaltungen untereinander, die Konkurrenz im System der Lohngruppen, die wechselseitigen Kontrollen und Schikanen in der Betriebshierarchie aufheben, können die abhängig Beschäftigten mit den Unternehmern um den Wert ihrer Ware Arbeitskraft streiten.

Gewerkschaften können insofern als unmittelbare Klassenorganisation gelten. Ob sie mehr als ein „trade-unionistisches Bewusstsein“ (Lenin) hervorzubringen vermögen oder ob es einer gesondert konstituierten Arbeiterpartei braucht, um weitergehende gesellschaftliche Veränderungen in Gang zu setzen, ist umstritten. Marx und Engels etwa waren der Auffassung, die Gewerkschaften hätten unabhängig von ihrer Funktion als „Preisfechter“ eine Bedeutung als „Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals“ und „Schulen des Sozialismus“. Sie bieten demnach Bildungs-, Erfahrungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, um den ökonomischen Kampf der „Klasse an sich“ in den politischen der „Klasse für sich“ zu transformieren. Die Möglichkeit dazu werde nicht zuletzt durch die Krisenzyklen des Kapitalismus eröffnet.

Aufgrund ihres „Doppelcharakters“ als Ordnungsfaktor und Gegenmacht ist die „Reichweite“ von Gewerkschaftspolitik also grundsätzlich umstritten. Wichtige Impulsgeber für die hier ansetzende kritische Gewerkschaftstheorie waren neben Marx und Engels beispielsweise Luxemburg und Gramsci. Sie sahen wichtige Transformationspotenziale durch die Bürokratisierung und Oligarchisierung des Gewerkschaftsapparates blockiert und brachten mit dem politischen Streik und den Fabrikräten neue revolutionäre Organisationsformen in die Debatte. Noch einmal stand das Projekt eines zugleich ökonomischen und politischen Klassenkampfes auf der Tagesordnung, als militante Arbeitskonflikte während der 1960er und 1970er Jahre die fordistisch integrierten Nachkriegsgesellschaften erschütterten. Doch selbst in Italien oder Frankreich, wo die (oft migrantischen) Massenarbeiter autonomer und radikaler agierten als die deutschen Kollegen, wurde die Bewegung von der Fordismus-Krise und v.a. von der kapitalistischen Restrukturierung zerrieben. Entsprechend stürzte der Neoliberalismus die Gewerkschaften in ihre bislang letzte und tiefste Krise. Angesichts der extrem zersplitterten Arbeitsverhältnisse, die das Normalarbeitsverhältnis als „Geschäftsgrundlage“ der Gewerkschaften ablösen, und des weltweiten Wettbewerbs von ArbeiterInnen und Produktionsstandorten, auf den die Gewerkschaften bislang keine strategische Antwort entwickeln konnten, sehen sich die Versuche, „Arbeiterkoalitionen“ zu bilden vor große Probleme gestellt. Die Klassentheorie stellt hier möglicherweise eine Brücke dar, indem sie Prekarisierungsprozesse in ihrer objektiven wie subjektiven Dimension erschließen und damit gewerkschaftliche Positionierungsprobleme bearbeitbar machen kann.

Im Kontrast zur beeindruckenden Vehemenz der Generalstreiks in Spanien oder Griechenland scheinen die Gewerkschaften in Deutschland gegenwärtig nur als Standesvereinigungen Kampfstärke entwickeln zu können. In diesen Fällen begünstigen Arbeitskämpfe jene LohnarbeiterInnen mit großem Drohpotenzial (Lokführer) auf Kosten „einfacher

Angestellter“ derselben Branche (Servicepersonal). Zugleich haben diese Lohnkämpfe wegweisende Momente, etwa die Dauer und Intensität des Lokführerstreiks und die Cockpit-Forderung nach Arbeitsplatzsicherheit auch bei ausländischen Tochterfirmen der Lufthansa. Diese Auseinandersetzungen strahlen ebenso wie die krisenbedingte Relevanz der Interessenvertretung in den „Kernsektoren“ (etwa bei den großen Automobilbetrieben) auf die innergewerkschaftliche Debatte um strukturelle und konkrete Orientierungen (eher partizipativ oder eher hierarchisch, eher an schnellen Abschlüssen oder eher an sozialer Bewegung orientiert) aus. Letztlich stellt sich die Frage nach der Hegemoniefähigkeit bestimmter gewerkschaftlicher Strategien: Sind Beschäftigte, die sich fortwährend um „Erhalt ihres Arbeitsplatzes, so widerwärtig er auch sein mag“ (Bourdieu) sorgen müssen überhaupt für gewerkschaftliche Interessenvertretung zu gewinnen? Sind die durch schwindende Verhandlungsmacht gelähmten Gewerkschaften überhaupt empfänglich für bewegungsorientierte Erneuerungsansätze?

Weitere Fragen zur Diskussion:

- Wie sehen gewerkschaftliche Strategien aus, die die „prekarierten Klassenverhältnisse“ zum Ausgangspunkt nehmen? Was müsste passieren, damit Gewerkschaften tatsächlich „Schulen des Sozialismus“ genannt werden können?
- Welche Perspektive muss gewerkschaftliche Arbeit entwickeln, wenn sie nicht von der Erfahrung eines regulären Beschäftigungsverhältnisses im Lebensmittelpunkt ihrer Adressaten ausgehen kann?
- In welche Richtung weisen die Bemühungen um gewerkschaftliche Erneuerung?

Klasse und Staat

Die Auffassungen zum Verhältnis von Staat und Klassen bewegen sich zwischen zwei Polen: der Staat wird entweder als Instrument der Herrschenden begriffen oder als autonome Instanz, die über den Klassen steht, das Gewaltmonopol wahrt und dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Die erste Auffassung geht von einem mit eindeutigen – vornehmlich repressiven – Funktionen betrauten Staat aus; Klassenkampf der Subalternen hieße demnach Zerschlagung des Staates. Der zweiten Auffassung nach seien die Staatsapparate hingegen neu zu besetzen und für die Zwecke gesellschaftlicher Veränderung einzuspannen.

Beiden Deutungen gemeinsam ist ein zu enger und verkürzter Staatsbegriff: Die komplexen Vermittlungsverhältnisse von ökonomischer und politischer Vergesellschaftung innerhalb kapitalistischer Produktionsweisen bleiben unbestimmt; die spezifische Integration der Beherrschten in den Staat wird nicht analysiert. Es wird dabei (implizit) angenommen, die Klassen konstituierten sich erst auf einem vor-politischen (ökonomischen) Terrain, um dann auf die Bühne des Staates zu treten – das scheint aber weder historisch (in der „ursprünglichen Akkumulation“) noch gegenwärtig (in der „Akkumulation durch Enteignung“) der Fall zu sein.

Verschiedene staatstheoretische Versuche wurden unternommen, um zu einem offeneren Modell zu gelangen, das zugleich politische Eingriffsmöglichkeiten in Aussicht stellt. Großen Einfluss in der kritischen Debatte konnte die von Poulantzas ausgehende Bestimmung des Staats als Praxis des Streits zwischen verschiedenen Klasseninteressen und als (zeitweilige) „Verdichtung von Kräfteverhältnissen“ gewinnen. Dabei changieren staatliche Politiken je nach Position der Klassen im hegemonialen Stellungskrieg; die wohlfahrtsstaatliche Dekommodifizierung der Arbeitskraft könnte demnach auf ihre klassenübergreifende wie klassenspezifische Dimension ebenso befragt werden wie ihre neoliberale Rekommodifizierung. Sicher gibt es also Aufgaben, die der Staat „für den Kapitalismus“ wahrnimmt, etwa die Kontrolle der Ausbildungsbedingungen und des Zugangs zu den Arbeitsmärkten oder die Sicherung des Privatrechtsbereichs ohne den kapitalistisches Wirtschaften nicht möglich ist. Er gehorcht jedoch nicht dem Interesse der Herrschenden schlechthin, sondern ist permanent umstritten. Die Widersprüche zwischen den im Staat konfliktiv zusammengeführten Akteuren dürfte sich angesichts von Investitions- und Akkumulationsstrategien, die keine nationalstaatlichen Grenzen kennen noch vermehren. Inwiefern ist bzw. war der neoliberale Umbau des Staates eine Reaktion darauf?

Weitere Fragen zur Diskussion:

- Inwiefern können trans- oder supranationale politische Strukturen als Konfliktfeld transnationaler Klassenbewegungen angesehen werden? Inwiefern ändern sich diese Strukturen infolge des Aus- und Umbaus globaler Wertschöpfungsketten? Auf welche Schwierigkeiten stößt die Selbstorganisation transnationaler Klassen vor dem Hintergrund national unterschiedlicher Regulierungen?
- Wie sieht eine kritische Haltung zum Staat aus, die seinen Transformationsprozessen angemessen ist, nicht lediglich auf sein Absterben wartet, den Parlamentarismus gegen informelle Politiken verteidigt, aber um sein strukturelle Begrenztheit weiß? Kurz: Welche Rolle spielt der Staat in einer strömungsübergreifenden radikalen Realpolitik?